Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Mitteilungen sind geschützt. Nachdruck und jede Art Verbreitung (auch ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 12. Dezember	Nr. 1665

Glückwünsche für Obergruppenführer Brückner.

Berlin, 11. Dezember. Der Stabschef der SA. Lutze hat an Obergruppenführer Brückner zu dessen heutigem Geburtstag ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Im Namen des Gruppenführerkorps der SA hat der Stabsführer der Obersten SA-Führung, Obergruppenführer Herzog, dem Adjutanten des Führers, Obergruppenführer Brückner, mit folgendem Telegramm gratuliert:

„Die in Verbundenheit zu einem Appell versammelten Obergruppenführer, Gruppenführer und Amtschefs der SA beglückwünschen ihren alten Kameraden recht herzlich zu seinem heutigen Geburtstage. Sie geben dem besonderen Wunsche Ausdruck, daß es Ihnen noch recht lange vergönnt sein möge, an der Seite des Führers diesem und damit der Bewegung und dem deutschen Volke dienen zu können.

An stets kameradschaftlicher Verbundenheit
für das Gruppenführerkorps der SA:
Der Stabsführer der Obersten SA-Führung
Herzog,
Obergruppenführer."

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz meldet:

Am Freitag, an dem der Erste Adjutant des Führers, Obergruppenführer Brückner, auf 52 Jahre eines harten, kämpferischen Lebens zurückblicken konnte, kam er im Auftrag des Führers vom „Berghof" nach Berchtesgaden herab, um sich mit dem Stabschef über den Verlauf der SA-Gruppenführertagung zu besprechen.

Obergruppenführer Brückner konnte so auch persönlich die Glückwünsche des Stabschefs und sämtlicher Gruppenführer der SA entgegennehmen. Bei dem, wenn auch kurzen, Besuch im Standquartier des SA-Führerkorps in Berchtesgaden kam die tiefe Verbundenheit zwischen dem treuen Begleiter des Führers und dem Sturmabteilungen Adolf Hitlers zum Ausdruck. Diese stille, unermüdliche Mitarbeiter des Führers, der einer der ersten SA-Führer überhaupt ist, darf mit berechtigtem Stolz die anerkennende Verehrung annehmen, mit der die SA auf ihn blickt.

Das neue irische Gesetz.

Dublin, 11. Dezember. Das von de Valera im irischen Parlament am Donnerstag eingebrachte Gesetz bringt eine grundlegende Aenderung in der Verfassung des Irischen Freistaates. Das Gesetz sieht die Anerkennung des neuen Königs vor, jedoch sollen seine Befugnisse im Irischen Freistaat künftig eng umgrenzt sein.

Das Gesetz erklärt, solange der Irische Freistaat mit Australien, Kanada, Großbritannien, Neuseeland und Südafrika verbunden bleibe, und solange der König von diesen Völkern zur Ernennung diplomatischer und konsularischer Vertreter und zum Abschluß internationaler Verträge ermächtigt sei, erhalte der so anerkannte König durch das Gesetz die Vollmacht, im Namen des Irischen Freistaates für diese Zwecke zu handeln. Die Stellung des Generalgouverneurs wird abgeschafft. Seine Wichten werden an den Sprecher des irischen Parlaments, des Dail, übertragen, der in Zukunft Gesetze unterzeichnen und das Parlament auflösen wird. Alle anderen Aufgaben des Staatsoberhauptes werden dem Präsidenten des Irischen Freistaates übertragen.

Das Gesetz läßt sich dahin zusammenfassen, daß der König in Zukunft nur noch formell der Irischen Freistaat in auswärtigen Angelegenheiten vertreten soll, während er im Innern keinerlei Befugnisse hätte.

Senator Lemery zweifelt an der Aufrichtigkeit Frankreichs.

Paris, 11. Dezember. Unter der Ueberschrift „Zweifelhafte Aufrichtigkeit" rät Senator Lémery in der „Liberté" der Regierung Blum zu größter Bescheidenheit und Zurückhaltung angesichts der Ereignisse in Spanien. Die französische Regierung, schreibt er, sei kaum befugt, eine Verstärkung der Nichteinmischungsmaßnahmen vorzuschlagen, denn sie habe seltsame Machenschaften geduldet.

Die Erhebungen über die Granatenherstellung in Lyon, des verschwundenen Güterwagens mit einer Pulverladung und über manches andere seien im Sande verlaufen. Alle Tage dulde, ja erleichtere die französische Regierung das Abgehen ganzer Züge mit Freiwilligen aller Staatsangehörigkeit nach Spanien. **Solange das andauere, werde man das Recht haben, die Aufrichtigkeit Frankreichs anzuzweifeln. Die Aufrichtigkeit Frankreichs könne erst dann wieder als intakt gelten, wenn sie nicht mehr die Aufrichtigkeit Léon Blums sein werde.**

Journal des Débats ist von den Enthüllungen des „Messagero" stark beeindruckt und gibt den Inhalt des Berichts de los Rios an Giral ausführlich wieder. Hinsichtlich der Vergangenheit müsse man bedauern, daß — wie man jetzt annehmen müsse — unter seltsamen Umständen Lieferungen von Material vorgekommen seien, und daß gewisse Mitglieder der französischen Regierung eine Haltung eingenommen hätten, die der amtlich verkündeten Nichteinmischungspolitik entgegengesetzt war.

Weitere Enthüllungen der „Action Française".

Paris, 12. Dezember. Die **Action Française** veröffentlicht auf der ersten Seite ihres Blattes in faksimile einen Teil des Berichtes des spanischen Marxisten-Vertreters de los Rios an den damaligen spanischen Ministerpräsidenten Giral. Das Blatt erklärt dazu, die französische Regierung habe bisher keine Mitteilung zu diesem Schriftstück herausgegeben, durch das doch der Ministerpräsident Blum und sein Luftfahrtminister Cot bloßgestellt seien und das die Unaufrichtigkeit Blums und Cots in der ersten Woche des spanischen Bürgerkrieges beweise. Die Regierung Blum habe am Freitag mit Hilfe einiger Zeitungen die Nachricht ausstreuen lassen, daß hier eine Fälschung vorliegen könnte.

Der Hauptschriftleiter der „Action Française", Maurice Pujo, widerlegt dann in ironischer Weise alle Punkte und Zeitangaben, die der „Temps" — wahrscheinlich auf Veranlassung des Ministerpräsidiums — am Freitag nachmittag veröffentlichte. Nach dem Bericht von de los Rios (geschrieben am 25. Juli abends) habe der französische Ministerpräsident ihm an dem gleichen Tag versprochen, dem roten Spanien zu helfen, koste es, was es wolle und wie groß auch die Risiken Frankreichs sein mögen. Abgesehen von dem Entschluß, die Lieferungen „nicht von Regierung zu Regierung" zu machen, sondern durch die Privatindustrie ausführen zu lassen, sei de los Rios kleiner Hemmung auferlegt worden, ja man habe sich sogar auf eine Geheimklausel des französisch-spanischen Handelsvertrages vom Dezember 1935 berufen, die den Ankauf von Waffen und Munition im Werte von 20 Millionen Franken von Frankreich durch Spanien vorsah.

Bei der Zerpflückung der Zeitfasel des „Temps" (vom Freitag nachmittag) kommt die „Action Française" zu dem Schluß, am 8. August, dem Tage, an dem die französische Regierung ohne Ausnahme die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien verbot, seien zu derselben Stunde, in der dieses schöne Verbot verkündet wurde, die 13 „Dewoitine"- und die 6 „Potez-54"-Flugzeuge, die solange in Toulouse-Montaudran standen, auf Befehl Cots nach Barcelona abgeflogen.

Die Freitagsitzungen des Völkerbundsrates.

Genf, 11. Dezember. In der öffentlichen Vormittagssitzung des Völkerbundsrates gab der „Außenminister" der spanischen Bolschewisten **del Vayo**, eine lange Erklärung ab, die er dazu benutzte, gehässige Angriffe gegen Deutschland und Italien zu richten. Ausserdem stellte del Vayo die Behauptung auf, daß seine Auftraggeber den Antrag auf Einberufung des Völkerbundsrates nur „um des internationalen Friedens willen" gestellt hätten.

Am Nachmittag sprach zunächst der englische Delegierte Lord **Cranborne**. Er betonte, der Völkerbund habe nicht für die eine oder andere Partei Anklagen zu erheben. Die Behauptung del Vayos, das System der Nichteinmischung habe völlig versagt, wies der englische Delegierte zurück. Es seien zwar Verstöße gegen das Nichteinmischungsabkommen vorgefallen, deshalb sei jetzt aber die Ueberwachung der spanischen Grenzen vorgesehen, die eine Einfuhr von Waffen praktisch verhindern würde, wenn dieses Ueberwachungssystem von beiden Parteien angenommen würde. Lord Cranborne empfahl, daß der Rat diese Aktion durch eine Entschließung unterstützen solle, weil er dadurch wirksam zur Abkürzung des bewaffneten Auseinandersetzungen in Spanien beitragen könne.

Der englische Delegierte wies den Völkerbundsrat darauf hin, daß England und Frankreich beschlossen hätten, an beide Parteien in Spanien zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes heranzutreten. Die Regierungen der beiden Länder hätten sich auch an andere Regierungen gewandt, um deren Unterstützung für die Vermittlungsaktion zu erlangen.

Lord Cranborne regte weiter an, daß sich der Völkerbund zusammen mit verschiedenen bereits tätigen neutralen Organisationen mit humanitären Aufgaben in Spanien befasse. Auch bei einem späteren Wiederaufbau des Landes könne er gute Dienste leisten.

Im Anschluß an die Rede des englischen Delegierten gaben noch die Vertreter von Frankreich, Neuseeland, Polen und der Tschechoslowakei Erklärungen ab. Sie schlossen sich im wesentlichen den Ausführungen des englischen Delegierten an. Dann vertagte sich der Völkerbund auf Sonnabend nachmittag.

In Genf rechnet man allgemein nicht mehr mit der Ernennung eines Berichterstatters oder der Einsetzung eines Juristenausschusses, sondern mit dem Abfassen der Angelegenheit durch eine Entschließung, die die Anregungen des englischen Vertreters enthält.

Die baltische Außenminister-Konferenz beendet.

Riga, 12. Dezember. Die fünfte Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten in Riga fand gestern ihren Abschluß.

In einer amtlichen Verlautbarung heißt es, die Außenminister hätten nach einem Gedankenaustausch über die internationale Lage ihre volle Einmütigkeit bei der Bewertung der Lage festgestellt. Die Konferenz sei der Ansicht, daß die allgemeine politische Lage Anzeichen einer Besserung nicht aufweise, und zwar weniger deshalb, weil die unmittelbaren Konfliktsbrohungen zugenommen hätten, als vielmehr infolge von Gegensätzen, die sich aus psychologischen und ideologischen Gründen ergeben hätten. Die baltischen Staaten seien der festen Ueberzeugung, daß der Völkerbund das beste Mittel für die Regelung aller etwaigen Streitigkeiten darstelle. Hinsichtlich der Anwendung der Grundsätze des Völkerbundes hätten die drei Regierungen der baltischen Staaten ihre in Genf gebrachten Ansichten dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt. Sie wünschten, daß die aktive Beteiligung aller Mitglieder des Völkerbundes an den Arbeiten seiner Einrichtungen möglichst weitgehend sein möge.

Was die Lage in Spanien anbelange, so würden die baltischen Staaten die Politik der Nichteinmischung fortsetzen.

Nach Abschluß der Konferenz gaben die drei Außenminister vor der Presse Erklärungen ab. Der lettländische Außenminister **Munters** führte aus, je mehr sich die Zusammenarbeit zwischen Lettland, Estland und Litauen entwickle, umso bestimmter sei deren Haltung und umso aeder festige sich die Ueberzeugung, daß bei Wahrung ihrer eigenen Interessen sie auch dem Interesse des allgemeinen Friedens dienten. Die Politik der baltischen Staaten beruhe auf dem Grundsatz der Freundschaft. Man hege gegen niemanden Feindschaft und habe als baltische Entente mit keinem anderen Staat irgendwelche Streitfragen.

Der estländische und der litauische Außenminister unterstrichen die Bedeutung der baltischen Entente und ihrer Friedenspolitik und betonten die Freundschaft und Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten.

Ueberall kommunistische Wühlarbeit.

Amsterdam, 11. Dezember. Wie aus Batavia gemeldet wird, ist es den Behörden gelungen, bei Durchsicht der aus Europa eingetroffenen Post umfangreiche Sendungen kommunistischen Propagandamaterials zu beschlagnahmen. Es handelt sich um Geldschriften, die zum Teil gedruckt, zum Teil mit Vervielfältigungsapparaten hergestellt waren. Der Aufgabeort dieser kommunistischen Sendungen ist Brüssel.

Neuer sowjetrussischer Tank-Transport in Malaga.

London, 12. Dezember. Der Sonderberichterstatter des **Daily Telegraph** in Gibraltar, Sir Percival Phillipps, berichtet, daß in Malaga wieder eine Reihe sowjetrussischer Tanks eingetroffen sei.

Norwegischer Dampfer mit Kriegsmaterial ausgelaufen.

Paris, 11. Dezember. Der norwegische Dampfer „Lindghand", der seit acht Tagen vor Marseille vor Anker lag, ist mit einer Ladung von 200 Tonnen Kriegsmaterial in See gegangen. Nach den Bordpapieren soll die „Lindghand" angeblich nach dem mexikanischen Hafen Vera Cruz fahren.

Staatshaushalt in der Pariser Kammer erledigt.

Paris, 11. Dezember. Die Kammer hat in ihrer Nachmittagssitzung das Budget des Außenministeriums, das Budget des Kriegsministeriums und das Budget des Kriegsmarineministeriums — letzteres ohne Aussprache — verabschiedet.

Das holländische Rüstungsprogramm in der Kammer.

Haag, 11. Dezember. Im Verlauf der Aussprache über die Denkschrift des holländischen Verteidigungsministers in der Zweiten Kammer äußerten die Vertreter aller bürgerlichen Parteien die Auffassung, daß die Rüstungsstärke Hollands sowohl im europäischen Mutterlande als auch in den Kolonien den Zeitumständen entsprechend erhöht werden müßte. Hierbei wurde von einigen Abgeordneten betont, daß die Rüstungsvorschläge der Regierung noch nicht weitgehend genug seien.

Der liberale Abgeordnete Wendelaar erklärte, daß die Regierung in der Rüstungsfrage noch nichts unternommen habe. Die Zahl der Wasserflugzeuge in Niederländisch-Indien müsse wesentlich erhöht werden.

Auch die holländische Sozialdemokratie hat nun durch Veröffentlichung eines Berichtes des Parteiausschusses für Bewaffnungsfragen öffentlich erklärt, daß sie ihre Entwaffnungspläne fallen lasse.

Wiedereröffnung der Warschauer Universität.

Warschau, 11. Dezember. Die vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den Studentenkundgebungen geschlossene Warschauer Universität wird durch Verordnung des Kultusministers am 12. Dezember in den theologischen und medizinischen Abteilungen wieder eröffnet werden. Die Eröffnung der übrigen Abteilungen wird zum 1. Januar angeordnet. Sämtliche Studenten müssen sich neu immatrikulieren lassen, doch wird den Studenten, die bereits für das laufende Jahr eingetragen waren, die Zahlung neuer Aufnahmegebühren erlassen.

Sowjethandelsvertreter aus London abberufen.

Moskau, 12. Dezember. Der bisherige sowjetrussische Handelsvertreter in London, Oserki, ist von seinen Amtspflichten entbunden und nach Moskau zurückberufen worden. Oserki soll mit besonderen Aufgaben im neugegründeten Moskauer Kriegsindustriekommissariat betraut werden.

Strafverfahren wegen Organisierung „Schwarzer Legion".

New York, 12. Dezember. Das Gericht von Detroit hat gegen 19 Personen die Durchführung eines Strafverfahrens beantragt, weil sie bei der Organisierung einer „Schwarzen Legion" mitgeholfen haben und an einer Verschwörung, die die Bundesregierung stürzen wollte, beteiligt gewesen sein sollen. Die angebliche Verschwörung soll einen Aufstand der bewaffneten Mitglieder der „Schwarzen Legion" vorgesehen haben sowie die Besetzung der Bundesgebäude und Arsenale.

Die Frage der Kriegsschuldenzahlungen an Amerika.

Washington, 11. Dezember. Die britische Regierung beantwortete die amerikanische Mitteilung, daß am 15. d. M. eine weitere Rate der Kriegsschulden fällig sei, in der üblichen Weise. Sie stellte nämlich fest, daß die Zahlung gegenwärtig nicht erfolgen könne, daß man aber gerne Verhandlungen darüber aufnehmen wolle, sobald sich eine Lage ergebe, die Aussichten auf einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen biete.

Bisher hat in gewohnter Weise nur Finnland seine Zahlungsbereitschaft erklärt.

Das Staatsdepartement erklärte auf Befragen, daß mit der französischen Regierung keinerlei Verhandlungen über eine Revision des Kriegsschuldenabkommens im Gange seien. Die Lage habe sich seit der letzten Erklärung des Außenministers, in der er die Pressemeldungen über französisch-amerikanische Verhandlungen entschieden dementierte, nicht geändert.

Im Senat würde eine Revision, wie sie Frankreich angeblich vorhat, glatt abgelehnt werden, weil sie auf eine Ermäßigung der Kriegsschulden auf lediglich den achten Teil der Gesamtsumme hinausliefe.

Sechs Tote bei einem Einsturzunglück.

Grasing, 11. Dezember. Am Donnerstag kamen bei einem schweren Einsturzunglück fünf Arbeiter und eine Hilfsarbeiterin ums Leben.

Am Markte wollte eine Brauerei ihren Keller vertiefen lassen. Während der Bauarbeiten zeigten sich im Gewölbe starke Risse. Der Bauunternehmer gab sofort Auftrag, den Keller zu verlassen, als ihn ein Arbeiter auf die Risse aufmerksam machte. In dem Augenblick, in dem die Arbeiter den Keller verlassen wollten, stürzte das Gewölbe ein und begrub acht Personen unter sich.

An den Bergungsarbeiten beteiligten sich außer der Feuerwehr auch der Reichsarbeitsdienst und Münchener Pioniere. Zwei verschüttete Arbeiter konnten lebend geborgen werden. Die übrigen müssen nach Ansicht der Sachverständigen aufgegeben werden.

Zur Linderung der ersten Not hat der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, für die Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Arbeiter 5000 RM gestiftet. Der bayerische Ministerpräsident Siebert spendete 2000 RM. Von der Stiftung „Opfer der Arbeit" gingen 5000 RM ein.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtfeger, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.